

wirksamerer Propaganda bildeten sich politische Religionen aus, die das Zeitalter totalitärer Herrschaft begründeten. Sie bemächtigten sich des bürokratischen Staates, der bereits existierte.

Was heißt Pragmatismus?

Massiri sprach in Berlin über die Unmenschlichkeit der säkularisierten Welt. Seine Definition von Humanismus hieß Religion. Religion galt ihm als ein »heroischer Traum von Transzendenz«. In der De-Mystifizierung durch die Moderne sah er die De-Humanisierung unseres Lebens, in dem leidenschaftlicher Opfermut von animalischen Interessen verdrängt werde: vom Pragmatismus. Massiri verspottete den Alltagspragmatismus als den *Nietzschanismus des Schwachen*, der seine Unterlegenheit dadurch akzeptiere, daß er simples Überleben zur Tugend stilisiere. Ausdrücklich waren hier die Palästinenser gemeint, deren Verhandlungen mit Israel nach Meinung Massiris auf einen »Deal« hinauslaufen, der alle ihre Hoffnungen auf ein Ende israelischer Dominanz begräbt. Die Hoffnung aber liege im Islam, deren Anhänger sich für den heroischen Traum von Transzendenz auch im politischen Kampf zu opfern bereit sind. Eine religiöse Umerziehung der Massen sei geboten.

Die Erfahrung politischer Religionen und exzessiven Terrors im Europa des 20. Jahrhunderts widerspricht Abdelwahab el-Massiri. Soll die Aufklärung nicht folgenlos aus den Traumhimmeln diesseitiger Totalerlösung gestürzt sein, gilt es, jene pragmatische Reform- und Friedensarbeit, die den Prozeß der Aussöhnung im Nahen Osten eingeleitet hat, als *conditio humana* einer über sich selbst aufgeklärten Moderne zu erkennen. Ein Pragmatismus, der die Moderne über ihre eigenen Abgründe hinausträgt, ist säkular im Sinne einer Pluralisierung legitimer politischer Ansprüche, einer gesellschaftlichen Diskutierbarkeit von Glaubensinhalten. Mit »Säkularisierung« menschlicher Träume hingegen hat dieser Prozeß nichts zu tun. Zivile Religiosität war immer eine immense Kraft gegen die Gewalt

des modernen Fanatismus. Doch gegen religiös eingeschworene Kampfverbände steht die Figur des Verräters und Apostaten als Hoffnungszeichen der Humanität. Der Mord an dem jüdischen Friedenspolitiker Itzhak Rabin durch die Hand eines selbsternannten jüdischen Inquisitors ruft es ins Gedächtnis.

KAI HAFEZ

Das Islambild in der deutschen Öffentlichkeit

Die Kontroverse um den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1995 und die Orientalistin Annemarie Schimmel hat die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland in ungewöhnlicher Weise polarisiert. Gegen eine Preisverleihung wandten sich vor allem Intellektuelle und Medien des linken und links-liberalen Gesellschaftsspektrums, während andere Liberale und viele Konservative die Preisverleihung unterstützten.

Eine denkbare Erklärung für das Verhalten der Schimmel-Gegner ist, daß ihre Proteste sich nicht gegen die Intention, sondern gegen die Trägerin des Friedenspreises richteten. Annemarie Schimmel wurde zunächst vorgeworfen, den auf einem religiösen Gutachten (*fatwa*) basierenden Tötungsauftrag gegen den Schriftsteller Salman Rushdie zu unterstützen und für die Einschränkung individueller Freiheits- zugunsten religiöser Kollektivrechte zu werben. Die Kontroverse entwickelte sich zu einer grundsätzlichen Ablehnung der Person und des Werkes der Orientalistin, die aus der Sicht ihrer Kritiker mit islamisch-fundamentalistischen Weltanschauungen sympathisierte, Diktatoren der islamischen Welt hofierte und einen apolitischen Wissenschaftsbegriff pflegte. Die Vorwürfe wa-



Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1995 an Annemarie Schimmel in der Frankfurter Paulskirche, links Bundespräsident Roman Herzog
Foto: dpa/Kleefeldt

ren jedoch stark überzogen. Schimmel hatte sich wiederholt öffentlich von Khomeini distanziert und sich zum Schutz der Meinungsfreiheit von Autoren wie Salman Rushdie und Taslima Nasrin bekannt. Oppositionellen Kräften wie einst Benazir Bhutto stand sie als Lehrerin und Gesprächspartnerin näher als Diktatoren wie Zia ul-Haq, und »unpolitisch« war sie schließlich nur im Sinne eines engen tagespolitischen Begriffs, der die Ebene kultureller Konfliktstellungen ausblendete.

Wenn es nicht die Person Schimmels war, die die massive Kontroverse um die Preisverleihung hatte auslösen können, so liegt es nahe, die Ursachen in dem Verhältnis vieler Linker und Links-Liberaler zum Islam selbst zu suchen. Die NEUE ZÜRCHER ZEITUNG sprach von »latenten antiislamischen Phobien gewisser Menschenrechtskreise im Westen«. Für eine grundsätzliche Abneigung gegenüber dem Islam sprach, daß die Kritiker sich nicht bemühten, die Symbolkraft der Preisverleihung zu bewahren und zwischen der Preisträgerin und dem Preis selbst zu unterscheiden. Der offene Brief

des PEN-Zentrums der deutschen Schriftsteller an Roman Herzog im September 1995, in dem dieser aufgefordert wurde, den Friedenspreis nicht an Annemarie Schimmel zu überreichen, und der eine Art programmatische Grundlage für die Gegner Schimmels wurde, enthielt keinen Hinweis auf orientalisch-okzidentale Problemstellungen oder einen Dialog mit der islamischen Welt, der damit offensichtlich kein dringendes Anliegen darstellte. Bundespräsident Herzog sprach in seiner Festrede anlässlich der Preisverleihung daher von einem »Kampf der politischen Fundamentalismen, an dem die gemäßigten Mehrheiten der Völker kein Interesse haben« und unterschied zwischen einigen *essentials* der Menschenrechte und der Notwendigkeit eines interkulturellen Dialogs über den Inhalt der Menschenrechte zu unterstreichen.

Der Blick über die Schimmel-Kontroverse hinaus zeigt, daß die Beschaffenheit des Islambildes in Deutschland sich nicht von den Weltanschauungen und politischen Strömungen im Rechts-Links-Gefüge der Gesellschaft trennen läßt. Dem

größeren Verständnis mancher Vertreter der politischen Rechten für einen Menschenrechtsdialog steht eine weitgehende Ablehnung des politischen Islam und dessen globalen Implikationen für Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gegenüber. Dem Denk- und Handlungskomplex Islam-Menschenrechte der Linken entspricht ein Komplex Islam-nationale Interessen oder Islam-Nationalismus der Rechten. Die Bereitschaft zum interkulturellen Dialog mit der islamischen Welt ist daher auch im konservativen Gesellschaftsspektrum instabiler Natur und ist hier abhängig von nationalen Werten und Interessen.

Über das Islambild im Rechts-Links-Gefüge können neben der Schimmel-Kontroverse weitere Fallbeispiele Aufschluß geben. Die Berichterstattung der größten deutschen überregionalen Tages- und Wochenzeitungen über die Rushdie-Affäre (1989-95) hat gezeigt, daß die Probleme der Linken mit dem Islam lange vor der Preisverleihung begonnen haben. Die Idee der Menschenrechte hat zwar nach dem Verlust der sozialistischen Utopie seit geraumer Zeit an Bedeutung gewonnen, sie droht jedoch zu einer Projektionsfläche neuer Ideologiebildungsprozesse zu werden, die der Suche nach einem globalen Konsens erneut zuwiderlaufen. Die Darstellung der Algerienkrise (1991-95) in der deutschen Presse verdeutlicht, daß vor allem die konservative öffentliche Meinung dazu neigt, sich einer Demokratisierung dort zu widersetzen, wo islamische Kräfte Mehrheiten gewinnen. Hier sind es linke und liberale Pressemédien, die Zweifel an einem internationalen Politikverständnis äußern, das die Furcht vor der islamischen Welt als Instrument einer interventionistischen Außenpolitik in Entwicklungsländern einsetzt.

Salman Rushdie in der deutschen Presse, 1989-95

Das persönliche Schicksal des Schriftstellers Salman Rushdie, die Bedrohung und Ermordung der Übersetzer und Verleger seiner *Satanischen Verse* durch Aja-

tollah Khomeini sowie die politischen Spannungen zwischen westlichen Staaten und Iran haben in der überregionalen deutschen Presse ein hohes und kontinuierliches Berichterstattungs-niveau erzeugt. Die linke oder links-alternative DIE TAGESZEITUNG hat wegen ihrer intensiven Verbindung zu den Solidaritätskomitees für Salman Rushdie im In- und Ausland, aufgrund des Vorabdrucks von Teilen der *Satanischen Verse* und der späteren Kampagne *Briefe für Rushdie* die Funktion eines innerjournalistischen Leitmediums besessen.

Der Einsatz der Presse für Leben und Meinungsfreiheit Salman Rushdies kann als Paradebeispiel für einen ethisch fundierten, advokativen Journalismus im Zeichen der Menschenrechte bezeichnet werden. Die empirische Untersuchung der Berichterstattung läßt jedoch zur gleichen Zeit gravierende Defizite im Umgang mit dem Islam und der islamischen Welt erkennen. Die Menschenrechte sind vielfach nicht nur als Grundwerteordnung der westlichen Welt verteidigt, sondern sie sind uneingeschränkt auch für die außereuropäische Welt zugrunde gelegt worden. Zahlreiche Pressebeiträge haben zudem eine deutliche Tendenz der Unterscheidung zwischen einer westlichen Welt der Zivilisation und einer islamischen Welt der Barbarei gezeigt. Hier war etwa vom Islam als einer »finsternen Realität« und »Ideologie des Absoluten« oder vom »millionenfach wirkliche(n) Typus« des mordbereiten Muslims (DIE ZEIT) die Rede. Der Literat Hans Magnus Enzensberger drohte in einem Interview: »Und wenn dem Rushdie auch nur ein Haar gekrümmt wird, dann wird es sehr teuer für den Islam.« Die deutsche Presse hat auf den Ausschluß Rushdies aus der islamischen Gemeinschaft ihrerseits über weite Strecken mit dem Ausschluß des Islam aus der Zivilisationsgemeinschaft reagiert. Ein solcher Umgang mit den Menschenrechten, wie ihn weite Teile der seriösen Presse in Deutschland im Fall Rushdie gepflegt haben, ist aus mehreren Gründen problematisch. *Erstens*: Der kolonialgeschichtliche Hintergrund der europäischen Menschenrechtspolitik, die

lange Zeit einer machtpolitisch motivierten Kontrolle etwa des Osmanischen Reiches diene, läßt eine Dekretierung des Inhalts der universellen Menschenrechte wenig erfolgversprechend erscheinen. An die Stelle einer einfachen Übertragung westlicher Werte sollte ein Bewußtsein für die gemeinsame Suche nach Maßstäben zur Sicherung des Individuums vor willkürlichen Eingriffen treten. Eine Unterscheidung zwischen *essentials* und verhandelbaren Menschenrechten wie bei Roman Herzog, d.h. der Schutz Rushdies bei gleichzeitiger Dialogbereitschaft gegenüber dem Islam, ist in der Presseberichterstattung über Salman Rushdie bisher völlig unbekannt. *Zweitens*: Religion und Kultur des Islam stehen in keinem prinzipiellen Gegensatz zu Menschenrechten. Die Todesstrafe für Apostasie existiert nur im traditionellen islamischen Recht, nicht jedoch im Koran, der nur Strafen im Jenseits vorsieht. Eine Verurteilung ohne ordentlichen Prozeß und allein auf der Basis einer *fatwa* gibt es auch im islamischen Recht nicht. Aus diesen Gründen fand Khomeinis Verhalten gegenüber Rushdie fast ausschließlich in radikalen Kreisen ein positives Echo, während sich keine der großen islamischen Institutionen dem Mordaufruf anschloß.

Ein letztes Versäumnis der Rushdie-Berichterstattung besteht darin, daß die Bedeutung der Religion und die mögliche Verletzung religiös-kultureller Schutzzonen nicht thematisiert worden ist. Als eine gravierende Störung der transkulturellen Kommunikation kann bezeichnet werden, daß die wesentliche Kulturbotschaft der islamischen Welt – Empörung über die Mißachtung religiöser Symbole (in Rushdies Werk tragen Huren die Namen der Frauen des Propheten Mohammed u. a. m.) und muslimische Proteste in Großbritannien, Indien und Pakistan lange vor Khomeinis *fatwa* – im Mediendiskurs verloren gegangen ist. Der Fall Rushdie ist in der deutschen Öffentlichkeit nahezu ausschließlich aus der etablierten Menschenrechtsperspektive behandelt worden, während die Religion, die in der islamischen Welt vielfach zugleich als

symbolischer Ausdruck einer aus der Misere der Entwicklungsgesellschaft geborenen Gegen-Akkulturation ist, übergangen worden ist. Für den interkulturellen Dialog ist jedoch »thematisches Bewußtsein« eine Grundvoraussetzung.

Die Algerienkrise in der deutschen Presse, 1991–95

Die Berichterstattung der überregionalen deutschen Presse über die Algerienkrise in den Jahren 1991–95 läßt verschiedene Rezeptionsphasen erkennen. Die Zeit vor dem ersten Durchgang der Wahlen zur algerischen Nationalversammlung am 26.12.1991 war gekennzeichnet durch eine demokratiefreundliche Haltung. Die herrschende Staatspartei FLN wurde im konservativen, liberalen und linken deutschen Pressespektrum als abgewirtschaftet betrachtet und die Integration der ISLAMISCHEN HEILSFRONT (FIS) in den Demokratisierungsprozeß über politische Richtungsgrenzen hinweg begrüßt. Nach dem Sieg der FIS im ersten Wahlgang setzte sich in der Zwischenwahlperiode im konservativen, teilweise auch im liberalen Zeitungsspektrum ein antiislamischer Tenor durch. Die FIS wurde nun als Bedrohung der Demokratie betrachtet und die Gefahr einer islamischen Blockbildung in Nordafrika/Nahost herausgestellt. Es kursierten Berichte über den Bau einer algerischen Atombombe, die sich schnell als gezielte Falschmeldungen entpuppten. Das Klima der deutschen Berichterstattung nahm stark emotionale Züge an, was exemplarisch an Überschriften wie »Algeriens grüne Gefahr« zu erkennen ist. Anders als die Gegner einer islamischen Majorisierung verfolgte die linke oder linksalternative Presse Anfang 1992 eine Lösung, die dem Wählerwillen Rechnung tragen sollte. Die FAZ hingegen betrachtete den Staatsstreich vom 14. Januar und den Abbruch der Wahlen als kleineres Übel gegenüber einem islamischen Staat am Mittelmeer.

Auffällig war, daß vor allem in der konservativen Presse eine Diskussion über die Frage der Legitimität des algerischen Wahlabbruchs gänzlich fehlte. Da die

überregionale Presse durch die Knappheit von Sendeplätzen in den elektronischen Medien nahezu das einzige öffentliche Forum zur Diskussion außenpolitischer Vorgänge darstellt, sind Versäumnisse hinsichtlich der Rolle der Presse als Informant der Öffentlichkeit, Advokat demokratischer Entwicklungen oder gar Mitgestalter der Außenpolitik zu konzedieren. Der Zeitpunkt der antiislamischen Meinungsänderung – noch vor den ersten Anzeichen islamistischer Gewalt oder totalitärer Herrschaftsansprüche – weist zudem darauf hin, daß eine Prädisposition gegenüber Islamisten und der Idee eines islamischen Staates bestand, die im Fall Algerien eine kritiklose Übernahme der französischen Bedrohungssperzeption begünstigte. Fraktionierungs- und Strömungserscheinungen des islamistischen Lagers mit seinen moderaten und radikalen Flügeln und einer uneinheitlichen Haltung zu Demokratie und Totalitarismus wurden lediglich am Rande zur Kenntnis genommen. Die Frage der Akzeptabilität von Demokratisierungsprozessen, die islamische Parteien, getragen vom Wählerwillen, an die Macht bringen, ist von der deutschen Öffentlichkeit nicht erörtert worden.

Vom »Feindbild Kommunismus« zum »Feindbild Islam«

Insgesamt ist zu erkennen, daß ein negatives Bild des Islam, der islamischen Welt oder islamischer Politik bei unterschiedlichen politischen Strömungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Medien nachweisbar ist. Es besteht eine richtungsübergreifende Tendenz zur Reduktion der komplexen Realität des Islam auf Repressions- und Gewalterscheinungen. Dagegen ist einzuwenden, daß der politische Islam zwar zweifellos in den letzten Jahrzehnten in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens an Bedeutung gewonnen hat, seine Erscheinungsformen jedoch zur gleichen Zeit äußerst heterogen sind. Sie beinhalten neben modernistischen und traditionalistischen auch radikale und moderate fundamentalistische Strömungen, denen oh-

nehin in den meisten Fällen nur Bevölkerungsminderheiten zuneigen.

Neben übergreifenden Merkmalen des Islambildes sind Unterschiede der geistig-politischen Strömungen zu erkennen. *Erstens:* Jede politische Richtung besitzt bestimmte Verwertungszusammenhänge zur Aktivierung eines Negativbildes des Islam, die wie folgt skizziert werden können: Die Linke, vor allem die alternative Linke, ist besonders geneigt, Feindbilder zu zeichnen, wenn es um die Frage der Menschenrechte im Islam geht (Meinungsfreiheit, Frauenrechte usw.); Konservative nutzen ihr Islambild häufig zur Sicherung nationaler Interessen im In- wie im Ausland. *Zweitens:* Findet das Negativbild Islam in einer Strömung momentan starke Verwendung, so kommt es häufig zu einer sporadischen Differenzierung und Erweiterung des Islambildes konkurrierender politischer Kräfte. Aus dem reduzierten wird kurzzeitig ein komplexes, aus dem negativen ein positiveres Islambild, um gegen den politischen Gegner Stellung beziehen zu können. Islam wird zum Gegenstand der Rechts-Links-Auseinandersetzung.

Die unterschiedlichen Gruppen- und thematischen Zusammenhänge sowie die Öffnungs- und Verschlusmechanismen des Islambildes im Rechts-Links-Gefüge erschweren es, von einem einheitlichen »Feindbild Islam« in der deutschen Öffentlichkeit zu sprechen. Das Negativbild ist kein stabiles Phänomen der politischen Kultur wie das des Kommunismus zur Zeit des Kalten Krieges, das regelmäßig vom konservativen Gesellschaftsspektrum verwendet wurde, während liberale Gruppierungen versuchten, das Feindbild im Zeichen der internationalen Entspannung zu korrigieren. Im Fall des deutschen Islambildes gibt es keine klar umrissenen Lager der Intransigenten und der Aufklärer. Das Feindbild Islam ist inkonsistent, launisch, taucht auf und ab und wird einmal von dieser, einmal von jener Gruppe aktualisiert.

Die Ursache für dieses Verhalten ist im unterschiedlichen Charakter der Abbildungsgegenstände – Kommunismus/Realsozialismus oder Islam – zu suchen.

Wenn häufig behauptet wird, daß das Feindbild Islam das Feindbild Kommunismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts abgelöst hat, so ist dies insofern zutreffend, als in der deutschen Gesellschaft kontinuierlich die Existenz negativer Fremdbilder zu beobachten ist. Die negative Sicht des Islam aus der Perspektive von Gewalt, Repression und Expansion hat wahrscheinlich durch die Auflösung sozialistischer Systeme Auftrieb erhalten. Mit dem Wegfall des realexistierenden Kommunismus und der westlichen Konzentration auf den Islam hat jedoch auch eine Verschiebung der Fremdbilder vom system-ideologischen zum kulturellen Aspekt stattgefunden. Islam ist keine oktroyierte Herrschaftsideologie wie der Marxismus-Leninismus, sondern ein verwurzeltes Kultursystem mit dogmatisch-totalitären ebenso wie mit rational-humanitären Facetten. Im Unterschied zum Feindbild Kommunismus ist das Feindbild Islam daher kein weitgehend realistisches Abbild des politischen Gegners, sondern ein auf problematischen deutschen Wahrnehmungstraditionen des Orients basierendes Zerrbild einer benachbarten Kultur.

Die Verlagerung zum Kulturellen bewirkt jedoch, daß sich das Feindbild Islam nicht in die alten Rechts-Links-Kategorien fügt, sondern potentielle Akzeptanz in allen Gesellschaftsbereichen (der deutschen oder westlichen Kultur) findet. Der ausschließliche Hinweis auf islamische »Gottesstaaten« »Polygamie« »Fanatismus« und »Totalitarismus«, wie ihn der offene Brief des PEN-Zentrums an Bundespräsident Herzog anlässlich der Friedenspreisverleihung an Annemarie Schimmel enthält, unterscheidet sich nicht von der reduzierten Wahrnehmung anderer politischer Kräfte in Deutschland.

Erst wenn durch den politischen Streit tiefere Schichten des Zivilisationsverständnisses der Weltanschauungen erreicht werden, lassen sich gravierende Kompetenzunterschiede im Umgang mit fremden Kulturen erkennen. Der Fall Rushdie und die Schimmel-Kontroverse haben gezeigt, daß konservative Gesell-

schaftskräfte häufig besser befähigt sind, die Funktion der Religion in der Moderne zu verstehen und zu respektieren, während Linke und Links-Liberale dazu neigen, Religion als einen Antagonismus zu betrachten und die Ungleichzeitigkeit der Kulturentwicklung zu übersehen. Fast könnte man annehmen, es handle sich hier um die Fortschreibung eurozentrischer Traditionen linker Kulturbetrachtung, die wie Marx' Äußerungen über die Geschichtslosigkeit des Orients einer gewissen Peinlichkeit nicht entbehren.

Auf der anderen Seite zeigt das Beispiel Algeriens, daß das Verständnis für die Spätfolgen des Kolonialismus, seiner materiellen oder psychischen Folgeerscheinungen, im linken und liberalen Teil der Gesellschaft noch immer ausgeprägter ist als auf konservativer Seite. Zwar ist auf die ursprüngliche Solidarisierung mit islamischen Bewegungen zu Beginn der Iranischen Revolution 1978/79, als es um den Sturz des Schah Reza Pahlevi ging, nach dem Aufbau des Khomeini-Regimes schnell Ernüchterung gefolgt, doch scheint die Solidarisierungsfähigkeit der Linken mit den Entwicklungsgesellschaften der islamischen Welt noch immer stark zu sein. Im konservativen Spektrum der deutschen Öffentlichkeit ist hingegen ein Festhalten an einer Nahostpolitik zu verzeichnen, die man in Abwandlung älterer Formeln der Außenpolitik als »unaufgeklärtes Selbstinteresse« bezeichnen könnte.

Fazit: Wenngleich das Feindbild Islam ein allgemeines Phänomen deutscher Medien und Gesellschaft ist, so sind seine Funktionen zum Teil auch an das bestehende Rechts-Links-Schema gebunden. Der interkulturelle Dialog müßte daher zugleich ein richtungsübergreifender *innergesellschaftlicher* Dialog sein.

Der Beitrag ist im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten Medienprojekts beim Deutschen Orient-Institut, Hamburg, entstanden.

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Linda Pieper
(Volontariat)
Christian Jürgens
(Kritik)

Redaktionskreis

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

5 1996
43. Jahrgang

387 Editorial

Aktuelles

389 FERDOS FORUDASTAN
Ein Rückblick auf die jüngsten
Landtagswahlen

391 IRINA BUSYGINA/
OLIVER THRÄNERT
Rußland vor den Präsidenten-
schaftswahlen

396 GESPRÄCH
MIT LUTZ BERTRAM
»Wenn die Geschichte einen
Bocksprung macht . . .«

403 SIEGFRIED ROTH
Innovationsbereitschaft statt
Standortklagen

Thema: Fundamentalismen

410 JENS BECKERT/
WOLFGANG VORTKAMP
Westlicher Universalismus?

415 ANDREAS SCHWORCK
Anmerkungen zum schwierigen
Begriff »Fundamentalismus«

422 OLIVER SCHMOLKE
Eine Antwort auf
Abdelwahab el-Massiri

426 KAI HAFEZ
Das Islambild in der deutschen
Öffentlichkeit

433 ANDREA BÖHM
Protestantischer
Fundamentalismus in den USA

438 PHILIPP THER
Ende des katholischen Sonder-
wegs in Polen

444 JULIA BRAUCH
Zur Situation
der israelischen Rechten

Kultur & Ethik

448 SUSANNE GASCHKE
Der neudeutsche Tugendboom

451 THOMAS ROTHSCILD
Über die bösen guten Menschen
und die terroristische
»Political Correctness«

454 ECKHARD OEHLENSCHLÄGER
Nachwort zu Koeppen

Kontrovers

457 ZELJKO VUKOVIĆ
Die Serben von Sarajewo

Hommage

461 REGIS DEBRAY
Der »Le Monde«-Nachruf auf
François Mitterrand (I)

Kritik

465 ULRICH BARON
Das schwarze Buch
Helmut Kraussers »Thanatos«

468 STEPHAN REINHARDT
Martin Walsers »Finks Krieg«

470 JÖRG PLATH
Monika Marons »Animal Triste«

472 ROLAND H. WIEGENSTEIN
Die Intelligenz der Malerei

473 JOHANO STRASSER
Walter Pfannkuche
über Gerechtigkeit

474 TILMAN FICHTER
Franz Schönhuber zieht Bilanz

477 MICHAEL KÖHLER
Neue Bücher:
Die Kuriere der Öffentlichkeit

480 Zu den Autorinnen und Autoren
480 Impressum

Titelfoto: Protestmärsche gegen Gewalt in Algerien,
dpa